

Vertraulich

VERHANDLUNGSPROTOKOLL

der 1. Sitzung des Bundesrates

vom 13. Januar 1993

Bundespräsident Ogi begrüsst seine Kollegen und die Kanzler und wünscht allen ein gutes und erfolgreiches Jahr. Vize-Präsident Stich wird zu seinem gestrigen Geburtstag gratuliert.

Wie üblich bei der ersten Sitzung des Jahres, bringt der Bundespräsident einige Wünsche an, damit die Arbeiten ordentlich verlaufen werden. Im Zeitalter der Deregulierung geht es nicht, neue Regeln vorzuschlagen, da die festgelegten Abläufe grundsätzlich zweckmässig sind. Diese sollen aber nicht allzu flexibel angewendet werden und die Leistungsfähigkeit der Stäbe, schnell fundierte Stellungnahmen zu erarbeiten, soll nicht vor jeder Bundesratssitzung auf die Probe gestellt werden. Die Fristen müssen deshalb eingehalten werden, so dass genügend Zeit für das Studium gewährt werden kann. Auch muss der Rat genügend Zeit haben, um die wichtigen Geschäfte zu behandeln. Der Bundespräsident erinnert an die Regelung, wonach Botschaften, wichtige Berichte und Verordnungen erst drei Wochen nach der Ablieferung an die Bundeskanzlei traktandiert werden. Dringende Geschäfte und Sonderfälle werden flexibel behandelt, doch ist eine Rücksprache mit der Bundeskanzlei notwendig. Die grünen Geschäfte müssen sorgfältig ausgewählt werden und nur in zehn Exemplaren verteilt werden. Die Aussprachepapiere dienen der Information und der Meinungsbildung im Bundesrat. Das weitere Vorgehen kann festgelegt werden, doch sollten in der Regel keine definitiven Entscheide darüber getroffen werden. Auch die Fristen für Nachmeldungen (09.00 Uhr am letzten Arbeitstag vor der Sitzung) und Mitberichte (spätestens 12.00 Uhr am letzten Arbeitstag vor der Sitzung) müssen eingehalten werden. Das mitberichtende Departement stellt sicher, dass eine kompetente Kontaktperson für eine allfällige Differenzbereinigung erreichbar ist. Auch die Generalsekretäre sollen sich weiterhin um einen reibungslosen Gang der Geschäfte einsetzen.

Für Bundespräsident Ogi hat auch 1993 für die Kollegialbehörde der Grundsatz "einer für alle, alle für einen" zu gelten.



Démission de M. Felber

Le conseiller fédéral René Felber annonce au Conseil sa démission pour le 31 mars prochain, pour raisons de santé. Cette difficile décision a été mûrie pendant les vacances de fin d'année. M. Felber souligne n'avoir pu encore se remettre complètement de sa maladie et de l'opération qu'il a subie. Ce fait et les douleurs qu'il éprouve encore ne lui permettent pas de continuer à assumer sa charge de conseiller fédéral. M. Felber juge donc sage de mettre fin à son mandat.

Bundespräsident Ogi bedauert diesen Entscheid. Es ist noch zu früh, die grossen Verdienste von Bundesrat Felber zu würdigen. In den nächsten Wochen wird es dafür geeignete Gelegenheiten geben. Er dankt Bundesrat Felber im Namen des Rates für die enorme Arbeit, die er geleistet hat und versichert ihm, dass er dem Kollegium und den Kollegen sehr fehlen wird.

Politique d'information

Le Président invite le Chancelier à soumettre au Conseil fédéral quelques réflexions sur la manière d'améliorer la politique d'information du Conseil fédéral. M. Couchepin souligne que la Chancellerie a soumis au Conseil, durant les derniers mois, deux notes de discussion contenant de nombreuses propositions. Certaines ont pu être concrétisées (meilleure image formelle du Conseil fédéral, conférence téléphonique journalière des services d'information, etc.). Beaucoup d'autres, que le Conseil a approuvées dans leurs grandes lignes exigent un renforcement en personnel, ainsi qu'en moyens financiers et techniques. Pour des raisons budgétaires, elles n'ont pu encore être réalisées. Elles seront reprises dans le cadre de la réforme du gouvernement. Celle-ci en effet aura également des répercussions sur l'information et la communication. La conférence des services d'information, en accord avec la commission Eichenberger et le soutien d'une entreprise spécialisée, étudie ce problème.

Selon le chancelier, il est néanmoins possible d'améliorer la pratique d'information au niveau du Conseil fédéral à condition que la volonté politique y soit. Il s'agit notamment d'anticiper la présence du Conseil fédéral dans les médias, de faire connaître également les intentions du Conseil, comme d'ailleurs la loi le demande, d'avoir le courage d'exposer publiquement les alternatives en discussion, de les expliquer. Cela permettrait d'occuper mieux le terrain et d'éviter, dans une certaine mesure, les indiscretions. Une telle politique d'information exige que le processus de décision soit accéléré, ou que le Conseil soit prêt dans certains cas à

prendre des décisions de principe suffisamment tôt dans le seul but de permettre une information au bon moment. Le vice-chancelier Achille Casanova a été chargé de présenter de cas en cas des propositions concrètes au Conseil fédéral en vue d'un tel résultat, ce qui présuppose d'ailleurs que le Conseil soit prêt à accorder aux problèmes d'information l'attention voulue. Le Conseil prend acte de cette déclaration d'intention de M. Couchepin.

Bericht über die Radioaktivität in der Schweiz

Für Bundesrat Stich könnte man ohne Konsequenzen auf die Herstellung dieses Berichtes verzichten. Dafür sollte die rechtliche Grundlage, die eine solche jährliche Berichterstattung erfordert, ändern. Bundesrat Cotti ist bereit, "mit Sympathie" diesen Vorschlag zu studieren.

Ratifizierung des Transitvertrages

Ueber die Ratifizierung des Transitvertrages und die Eröffnung von Verhandlungen über den Flugverkehr mit der EG sind seitens des EDA und des EVD Einwände geäußert worden. Bundespräsident Ogi ist bereit, "nicht ohne Bedenken" das Geschäft zu verschieben. Dies beinhaltet aber ein Risiko, denn die EG erwartet diesen Schritt. Wir riskieren auch, dass das aufgebaute Vertrauenskapital strapaziert wird.

Das Geschäft wird aber nach einem kurzen Gespräch zwischen Bundespräsident Ogi und den Bundesräten Felber und Delamuraz im Sinne vom EVED verabschiedet. Die formelle Notifikation erfolgt durch das EDA. Bei den neuen Verhandlungen muss aber auch das Integrationsbüro mitwirken.

Vollzugsrecht im ETH-Bereich

Zahlreiche Divergenzen konnten zwischen dem EDI und dem EFD ausgeräumt werden. Zwei Fragen beschäftigen aber den Rat. Sollen die ETH-Anstalten Umverteilungen innerhalb der Globalkredite vornehmen? Sollen dienstrechtliche Sonderregelungen vorgesehen werden? Bundesrat Stich ist gegen diese zwei Neuerungen. Die vorgesehene Umverteilung der Mittel bringt den Anstalten eine zu grosse Autonomie. Das Risiko von zusätzlichen Nachtragskrediten für die Bereiche, die bei der Umverteilung nicht prioritär betrachtet wurden, ist zu gross. Bundesrat Cotti vertritt die gegenteilige Auffassung. Die vom Parlament beschlos-

senen Globalkredite bleiben gleich. Die ETH-Anstalten müssen eine grössere Flexibilität haben, um selber Prioritäten festzulegen. Die Kontrollen werden verstärkt. Diese Meinung wird von einer Mehrheit des Rates geteilt. In bezug auf die dienstrechtlichen Sonderregelungen ist entgegen der Meinung von Bundesrat Stich eine rechtsgleiche Behandlung auch im EHT-Bereich garantiert, denn die gesetzlichen Bestimmungen im Beamtenwesen werden auch vom Schulrat angewendet und respektiert. Auch hierüber stimmt der Rat den Anträgen des EDI zu. In bezug auf die Kompetenzen der KOKO für die ab Lohnklasse 28. klassifizierten stimmt der Rat einem Kompromissvorschlag zu, wonach diese von der KOKO behandelt werden, in Anwesenheit des Vertreters des Schulrates, welcher aber kein Stimmrecht erhält.

Verordnung über Abgas-Emissionen von schweren Motorwagen

Kann der Erlass dieser Verordnung die Abstimmung über die Treibstoffzollerhöhung negativ beeinflussen? Diese Frage von Bundespräsident Ogi wird von Bundesrat Koller verneint, so dass die Verordnung verabschiedet wird.

Betriebs-Stilllegungs-Verordnung

Bundesrat Stich schlägt vor, die vorgeschlagene Stilllegungskampagne auf drei Jahre zu beschränken. Dadurch könnten in den Jahren 1996 und 1997 je 35 Millionen Franken eingespart werden. Bundesrat Delamuraz ist mit einer Verkürzung von fünf auf vier Jahre einverstanden. Diesem Kompromiss wird von allen zugestimmt.

Bericht über die Aussenwirtschaftspolitik

Einzelne Aussagen, vor allem im einleitenden Kapitel, werden kritisiert. Die Tonlage nach dem EWR-Nein ist zu negativ. Auch sollte man nicht von Null-Wachstum sprechen. Die Misstöne der EWR-Kampagne werden wiederholt. Der Rat sollte vermeiden, die Polemik erneut anzuhetzen, denn es gilt nun die Zukunft zu gestalten. Bundesrat Delamuraz ist bereit, die Bemerkungen seiner Kollegen zu berücksichtigen und die nötigen redaktionellen Anpassungen zu veranlassen. Der Rat wird deshalb den Bericht erst an seiner nächsten Sitzung verabschieden.

AUSSPRACHEN

Politik des Bundesrates nach dem EWR-Nein

Für Bundespräsident Ogi ist der Bundesrat aufgerufen, seine Politik in vier Bereichen festzulegen. Bei den Beziehungen zur EG geht es darum, eine Isolation der Schweiz zu vermeiden. Bei den Revitalisierungsmassnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft verbessert und mehr Konkurrenz geschaffen werden. Weiter sollen rechtliche und gesellschaftliche Reformen beschlossen werden, damit unser Recht eurokompatibel gestaltet wird. Schliesslich haben die finanzpolitischen Massnahmen das doppelte Ziel, die Wirtschaft zu entlasten und gleichzeitig den Haushalt zu sanieren.

Es ist positiv, dass die nötigen Aufträge rechtzeitig erteilt worden sind. Der Bundesrat hat damit die Chance, an seiner nächsten Sitzung ein umfassendes Massnahmenpaket zu verabschieden. Er kann somit seine Führungsansprüche wahrnehmen und der Oeffentlichkeit ein komplettes Programm präsentieren. Heute muss sich der Rat über diese vier Bereiche aussprechen und die nötigen Grundsatzentscheide treffen, damit am 20. Januar das Gesamtpaket verabschiedet werden kann.

M. Delamuraz commente la note de discussion présentée par le DFAE et le DFEP sur la marche à suivre en matière d'intégration. Il s'agit d'un document général, de discussion et de réflexion. Il ne faut donc pas considérer toutes les affirmations qu'il contient comme des propositions définitives, mais bien comme des thèses à discuter. Cela vaut notamment pour l'annexe qui n'a qu'un caractère provisoire. Après le refus de l'AEEE la situation est plus claire que ce que l'on pensait. En effet, il serait illusoire que de viser une adhésion ultérieure à l'AEEE seulement. En effet, l'AEEE se évoluera avec le temps et il faudrait reprendre tout le processus de négociation car il s'agirait d'un accord différent de celui refusé le 6 décembre. Il faut donc essayer de promouvoir des négociations bilatérales dans les différents domaines. Cette stratégie générale a déjà obtenu un vaste consentement à la commission des affaires étrangères du Conseil national, qui a loué la volonté du Conseil fédéral d'exploiter au mieux la situation née du refus populaire.

M. Felber partage cette appréciation et remarque que même un traité spécial entre la CE et la Suisse est théoriquement possible, car l'AEEE changera avec le temps. Quant à la demande d'ouverture de négociations d'adhésion à la CE il s'agit d'un problème politique. La CE a clairement

exprimé sa disponibilité à nous aider à trouver des solutions. Elle considérerait le retrait de la demande comme un camouflet. La balle est dans le camp suisse. C'est à la Suisse de déterminer quand les négociations pourraient s'ouvrir. C'est d'ailleurs une préoccupation de la CE de ne pas risquer un nouveau refus du peuple suisse. Dans ces conditions, il n'est pas question d'ouvrir rapidement des négociations. Il faut laisser la demande d'adhésion en réserve et la concrétiser le moment venu après une analyse de l'évolution sur le plan de la politique intérieure et de la situation de notre économie.

Bundesrat Stich zeigt sich befriedigt über die Ausführungen der Bundesräte Delamuraz und Felber, denn das vorgelegte Aussprachepapier ist in dieser Frage zu bestimmt und muss deshalb überarbeitet werden. Was den Beitritt betrifft, so kann man ruhig ankündigen, dass sich die Frage der Eröffnung von Verhandlungen voraussichtlich in der gegenwärtigen Legislaturperiode nicht stellen wird. Andererseits müssen wir unsere Beziehungen zur EG verbessern.

Ein nicht behandeltes Problem ist dasjenige von Liechtenstein. Es handelt sich dabei um eine politisch sehr wichtige Frage, die nicht nur den Beamten überlassen werden sollte. Bundesrat Stich regt in diesem Zusammenhang ein Treffen zwischen einer Delegation des Bundesrates und den Regierungschefs, allenfalls sogar mit dem Fürsten von Liechtenstein, an.

In bezug auf die künftige Fiskalpolitik steht die Sanierung des Bundeshaushaltes im Vordergrund. Dies ist auch für die Wirtschaft insofern von grosser Bedeutung als es der grösste Beitrag wäre, den der Staat für die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bieten könnte. Es ist zwingend notwendig, dass die Lage stabilisiert wird. Die Einführung der Mehrwertsteuer birgt zahlreiche Probleme in sich: eine Vernehmlassung müsste eröffnet werden, so dass dieses System frühestens 1995 eingeführt werden könnte. In der Zwischenzeit gäbe es keine Mehreinnahmen.

Will man den Haushalt sanieren, wäre ein Steuersatz von mindestens 7% notwendig. Wird es möglich sein, die Schweizer davon zu überzeugen? Diese Frage muss verneint werden. Zudem muss vermieden werden, dass das soziale Gefälle in der Schweiz verschärft wird. Eine Mehrwertsteuer von 7% würde auch die Teuerung um 2% anheizen. Bis vor kurzem konnte man davon ausgehen, dass diese Teuerung voll kompensiert würde. Heute ist dies politisch zunehmend umstritten. Wenn die Mehrwertsteuer eingeführt würde, dann müsste man soziale Massnahmen treffen. Auch die Wirtschaft müsste eine Kompensation anbieten, zum

Beispiel mit der Uebernahme der ERG-Kosten. Denkbar wären auch Preisreduktionen in der Landwirtschaft. In dieser Situation wäre es wohl besser, vorläufig keine Mehrwertsteuer einzuführen. Die Frage der Schattensteuer ist ein Politikum geworden, denn sie wird durch die Wechselkurse kompensiert. Auch die Ablehnung der Mehrwertsteuervorlage vom 2. Juni 1991 durch den Vorort beweist, dass die Ausmerzung der Taxe occulte keine Priorität genießt. Ein Revitalisierungsprogramm ohne Sanierung des Bundeshaushaltes bringt nichts.

Entscheidend für Bundesrat Koller ist, dass der Bundesrat auf Integrationskurs bleibt. Der negative Volksentscheid muss akzeptiert werden. Dadurch genießt der Beitritt Priorität. Gegen aussen müssen alle Optionen offen gehalten werden. Im Vordergrund stehen bilaterale Verträge, aber auch der EWR soll nicht von der Traktandenliste verschwinden. Manche EFTA-Länder können in die gleiche Situation wie die Schweiz geraten, wenn bei der Volksabstimmung der EG-Beitritt abgelehnt würde. Welche Integrationsform die Schweiz erreichen könnte, hängt auch von der Haltung der EG ab. Es gilt nun auch die Integration nach innen vorzubereiten. Eine neue Eurolex-Vorlage hat nur einen Sinn, wenn der Integrationskurs beibehalten wird. Im gegenteiligen Fall müsste die Schweiz eine andere Variante wählen, das heisst, von den Unterschieden zu profitieren versuchen.

Die Uebernahme von einzelnen Eurolex-Vorlagen hat drei Zwecke: sie soll einen gewissen Beitrag zur Erneuerung der Wirtschaft bringen (Verbesserung des Marktzugangs, Messwesen, Vorschriften usw.), gesellschaftspolitische Reformen verwirklichen (Konsumkredit, Gleichstellung von Mann und Frau) sowie vermeiden, dass bei künftigen Integrationsritten der Berg zu hoch wird. Die wieder übernommenen Vorlagen sollten ohne jegliche Aenderungen wieder vorgeschlagen werden. Würde man neue Wünsche berücksichtigen, wäre dies für die parlamentarischen Beratungen eine Einladung zum Tanz. Es gilt drei Kategorien von Vorlagen zu unterscheiden. Wichtig ist auch die Frage des Verfahrens. Für Bundesrat Koller sollte dem Parlament anfangs März eine einzige Botschaft präsentiert werden, welche alle Bereiche der Integrationspolitik darstellt und konkrete Anträge über die Eurolex-Vorlagen beinhaltet. So wird es möglich sein, dass der Ständerat bereits am Schluss der Märzsession eine allgemeine Diskussion und die nötigen Entscheide trifft. Der Nationalrat hätte somit die Möglichkeit, sich mit der Materie in der Sondersession Ende April definitiv zu befassen.

M. Cotti approuve les options présentées par MM. Delamuraz et Felber qui doivent constituer l'expression de la future politique du Conseil fédéral. Le résultat du 6 décembre nous impose de prendre notre temps avant de

nous engager sur la seule voie possible qui est celle de l'adhésion. Toute solution envisagée doit prévoir dès le début une égalité de droits entre la Suisse et ses partenaires. Il serait faux de déterminer maintenant déjà le moment de l'ouverture des négociations ou d'affirmer qu'elles n'auront pas lieu avant deux ans. Il faut par contre profiter du temps de réflexion que nous sommes obligés de respecter. Dans la note, on commente les différentes initiatives populaires prévues. Il faut éviter de prendre position sur des initiatives qui ne sont pas celles du Conseil fédéral. Pour ce qui concerne la négociation d'accords bilatéraux, la situation est différente entre les domaines du trafic et de la recherche et les autres secteurs. En effet, pour les deux premiers, les décisions ont déjà été prises et on a toujours dit qu'elles vaudraient également en cas de refus de l'AEEE. M. Cotti se dit satisfait de constater que le train de mesures de relance de l'économie ne prévoit pas un démantèlement social et écologique. Instaurer des procédures plus rapides est nécessaire, aussi dans le domaine de la protection de l'environnement, et peut être réalisé sans toucher au fond de la question. Les finances sont le problème qui préoccupe le plus le M. Cotti. La note présentée par M. Stich est objective, même si les effets positifs des réductions des taux d'intérêt ont peut-être été sous-estimées. Il est certain que de nombreux problèmes risquent de grever d'avantage les caisses de la Confédération. Il suffit de penser à l'assurance-chômage ou à la situation des CFF. Si une TVA est décidée, quel en serait le taux nécessaire?

Auch Bundesrat Villiger ist mit der Philosophie der vorgeschlagenen Stossrichtung einverstanden. Es gilt, den Volksentscheid zu akzeptieren, die Annäherung an Europa sowohl bilateral wie multilateral weiterzuführen und die Wirtschaft zu verbessern. Dafür müssen alle Optionen offen gehalten werden. Der Bundesrat muss nun Öffentlichkeit und Parlament klar informieren. Dazu ist der Vorschlag von Bundesrat Koller, eine einzige Botschaft zu verabschieden, zu unterstützen. Der Bundesrat muss klar aussagen, was mit dem Beitritts-gesuch geschieht. Die Erklärungen der Bundesräte Delamuraz und Felber können akzeptiert werden, nicht dagegen die Aussagen und die Tonlage im Aussprachepapier. Es wird sichtbar, dass im Integrationsbüro immer noch mit einem raschen Beitritt kokettiert wird. Auch von EG-Seite wäre ein solcher Schritt nicht möglich.

In bezug auf die Eurolex-Vorlagen muss die Priorität für die Vorschläge zugunsten der Wirtschaft gesetzt werden. Was das Revitalisierungsprogramm betrifft, sind die Pläne betreffend der Ausländerfrage zu überprüfen. Soll das Saisonierstatut einfach abgeschafft werden? Das bringt politische Probleme. Die gesamte Arbeitsmarktpolitik muss kohärent angegangen werden.

In der Finanzfrage ist der Zielkonflikt zwischen Sanierung des Bundeshaushaltes und Erleichterungen für die Wirtschaft sichtbar. Hier braucht es ein Signal. Ist ein Vorgehen in zwei Etappen nicht möglich? Zuerst Besteuerung der Energie und Reduzierung der Freiliste bei der WUST und gleichzeitig, Einführung der Mehrwertsteuer für einen späteren Zeitpunkt?

Wenn der Rat heute Grundsatzentscheide trifft, sollten diese der Öffentlichkeit durch den Präsidenten auch klar angekündigt werden. Der Rat muss das Terrain besetzen. Dies ist nach den bedauerlichen Indiskretionen durch die NZZ umso notwendiger.

Le chancelier Couchepin annonce que la révision de la loi sur les achats de la Confédération est en préparation. Les délais prévus sont très courts par rapport au programme des experts consulter. Au sujet de la référence aux conditions-cadre de notre économie dans les messages, la proposition de compromis du DFJP peut-être acceptée même s'il ne faut pas restreindre le cercle des offices que l'on doit consultés. Le problème de l'information ne pourra être réglé que lorsque le Conseil aura pris ses décisions de principe. La présence du Président à la conférence de presse est souhaitable s'il peut déjà annoncer un programme assez précis.

Bundespräsident Ogi ist ebenfalls durch die Aussagen der Bundesräte Delamuraz und Felber erleichtert, denn sie korrigieren falsche Wertungen in den schriftlichen Unterlagen. Der Bundespräsident schlägt ein Gentlemen's Agreement mit der EG vor. Dies könnte viele Probleme lösen. Die Massnahmen zugunsten der Wirtschaft sollten in einem einzigen Gesamtpaket dargelegt werden. Bei Eurolex gilt es, wie Bundesrat Koller betont hat, den Elan zu nützen. Was die Finanzen anbelangt, neigt der Bundespräsident zu einem Zwei-Schritt-Verfahren, wie dies von Bundesrat Villiger vorgeschlagen wurde. Man sollte die Mehrwertsteuer als Ziel deklarieren und kurzfristig durch eine Verbesserung der WUST den Haushalt so rasch wie möglich ins Lot bringen.

Dieser "Tour d'horizon" hat weitgehende Uebereinstimmung gezeigt, so dass der Rat die wichtigsten Grundsatzentscheide in den vier diskutierten Bereichen treffen kann. Für Bundespräsident Ogi ist dies wichtig, damit die definitiven Entscheide bereits an der nächsten Sitzung getroffen werden können und die Öffentlichkeit bereits heute über die Strategien des Bundesrates informiert werden kann.

Finanzbereich

Die Idee eines Vorgehens in zwei Etappen ist an sich bestechend, doch sie kann für Bundesrat Stich nur realisiert werden, wenn der Satz der Mehrwertsteuer nicht in der Verfassung festgelegt würde. Dies ist politisch kaum durchzusetzen. Ziel soll primär der Ausgleich des Bundeshaushaltes bleiben. Um dies zu erreichen, ist es ratsam, weiterhin die Energie-WUST und die Begrenzung der Freiliste durchzusetzen. Eine Mehrwertsteuer, welche auch die Taxe occulte ausmerzen würde, kann für später in Aussicht gestellt werden. Der Bundesrat einigt sich grundsätzlich für folgende Marschrichtung: seine Vorschläge werden aufrechterhalten, ergänzend wird versprochen, dem Parlament eine Botschaft für die Einführung der Mehrwertsteuer im Jahre 1997 (allenfalls 1998) zu unterbreiten. Bleibt die nationalrätliche Kommission bei der sofortigen Einführung der Mehrwertsteuer, müsste ihr Satz 7% betragen, damit dem Bund neue Einnahmen verschafft werden könnten. Bundesrat Stich wird beauftragt, diese Haltung vor der Kommission einzunehmen. Die Öffentlichkeit soll erst später darüber informiert werden.

Demande d'adhésion

M. Felber résume la position que le Conseil devrait adopter en soulignant que toutes les options doivent rester ouvertes. Cela signifie que le Conseil cherchera à obtenir des résultats par le biais de négociations bilatérales dans différents domaines. Une adhésion ultérieure à l'AEEE est envisageable, même si elle présuppose de nouvelles négociations. La demande d'ouverture de négociations en vue de l'adhésion de la Suisse à la CE n'est pas retirée. Ces négociations ne pourront néanmoins s'ouvrir que le jour où les conditions en seront réunies sur les plans de la politique intérieure, de la politique extérieure et de l'économie. En tout cas, il est exclu que ces négociations s'ouvrent en 1993. Le Conseil partage cet avis et la suggestion de ne pas parler publiquement de la possibilité d'un gentlemen's agreement tel qu'il a été proposé par le Président. M. Cotti souhaiterait qu'on affirme le principe de l'égalité des droits dans toute négociation ultérieure, mais le Conseil préfère ne pas insister sur cet aspect afin de ne pas restreindre sa marge de manoeuvre.

Eurolex

Für Bundesrat Koller geht es hier um die Wiederaufnahme der Eurolex-Vorlagen, welche im Parlament bereits beschlossen wurden, die unbestritten und die auch ohne

EWR sinnvoll sind. Ziel ist es, durch gesetzliche Reformen einen Beitrag zur Erneuerung der schweizerischen Wirtschaft sowie die Realisierung anstehender gesellschaftspolitischer Reformen und die Verbesserung der Europafähigkeit der schweizerischen Rechtsordnung zu erreichen. Der Rat ist damit einverstanden. **Bundeskanzler Couchepin** macht darauf aufmerksam, dass dieses Programm nicht "Swisslex" genannt werden soll. Dieser Name wird bereits von der Gesellschaft, welche die Juristische Datenbank betreibt, benutzt.

Revitalisierungsprogramm

Bundesrat Delamuraz unterstreicht, dass die Ablehnung der Teilnahme der Schweiz am europäischen Binnenmarkt unser Land zwingt, auch die Rahmenbedingungen unserer Wirtschaft zu verbessern und ihre Konkurrenzfähigkeit zu stärken. Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, ein umfangreiches Programm zur marktwirtschaftlichen Erneuerung in die Wege zu leiten. Es geht vorerst um die rasche Verwirklichung der ersten Vorschläge der interdepartementalen Arbeitsgruppe, welche ein Programm für die Revitalisierung der Schweizer Wirtschaft erarbeitet hat. Dieses Programm ist heute grundsätzlich beschlossen worden und wird nächste Woche vom Bundesrat verabschiedet und der Öffentlichkeit in den Details vorgestellt werden.

In der Zwischenzeit wird das EVD seine Stellungnahme zu den verschiedenen Mitberichten vorbereiten, damit die nötigen Entscheide getroffen werden können.

Bundespräsident Ogi stellt fest, dass sich der Rat über die wichtigsten Grundsatzfragen einig ist, so dass eine Information an die Öffentlichkeit bereits heute durchgeführt werden kann. Der Rat beauftragt den Bundespräsidenten diese vorzunehmen.

UMFRAGEN

- M. Delamuraz** - la délégation du conseil pour les affaires économiques rencontrera demain les représentants des paysans pour discuter des prix agricoles 1993;

- qu'en est-il du rapport demandé par la commission de gestion sur la coordination en matière de politique étrangère? M. Felber signale qu'il sera soumis au conseil lors de l'une des prochaines séances.

BR Koller

- informiert über die letzten Ereignisse in der Jurafrage, namentlich über die jüngsten Attentate, einerseits in der Stadt Bern, andererseits in Courtelary. Es gibt Indizien dafür, dass die beiden Ereignisse in einem innern Zusammenhang stehen. Es ist anzunehmen, dass sich Herr Bader, welcher beim Berner Attentat ums Leben kam, durch eine Fehlmanipulation selbst in die Luft gesprengt hatte. Vermutlich hatte er einen politisch motivierten Anschlag auf bauliche Objekte im Sinn.
- Im Zusammenhang mit dem Kontaktgremium der Kantone ist plötzlich die Rede davon, dieses sei in die Verantwortung der Kantone überzuführen. Das EJPD sah sich veranlasst, richtigzustellen, dass dieses Gremium eine vom Bund geschaffene Institution sei und nicht mit den Direktorenkonferenzen verglichen werden könne. Im Februar wird eine Zusammenkunft dieses Gremiums mit einer Delegation des Bundesrates stattfinden. Diese setzt sich aus den Herren Bundesräten Delamuraz, Felber und Koller zusammen. Im übrigen ist auch der Ständerat auf dieses Gremium als mögliche "Konkurrenz" aufmerksam geworden. Die Kommission des Ständerates wird sich daher ebenfalls mit dieser Frage befassen.

BR Cotti

- lässt den Bericht des BUWAL "Die Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung" austeilen

BR Villiger

- orientiert über die geplante Besichtigung der Pilatus-Werke durch eine südafrikanische Delegation. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Schweiz diese Delegation nicht emp-

fangen sollte - trotz einer UNO-Resolution. Gleichzeitig wird darauf zu achten, sein, dass diese durch Südafrika nicht politisch ausgeschlachtet wird.

- Chanc. Couchepin - informe sur les négociations avec Pro Litteris. Il est possible qu'on doive passer un contrat rétroactif au 1er janvier 1991 et que les sommes au budget 1992, non encore dépensées, soient absorbées.
- BP Ogi
- gibt seiner Besorgnis über die Entwicklungen in der Jurafrage Ausdruck.
 - Ab Februar 1993 wird die Gebührenpflicht und zwar für Radio und Fernsehen für die im Amt und die im Ruhestand befindlichen Bundesräte und Bundeskanzler rechtswirksam. Sie wird ab Februar Fr.33.10 pro Monat betragen.
 - Der Zwischenbericht der SBB wird zuerst dem Bundesrat unterbreitet werden. Anschliessend soll er der Presse vorgestellt und in eine breite Vernehmlassung gegeben werden.

18.1.1993 AC/dl

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI

geht an:

- Departementvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler/in (2)